

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

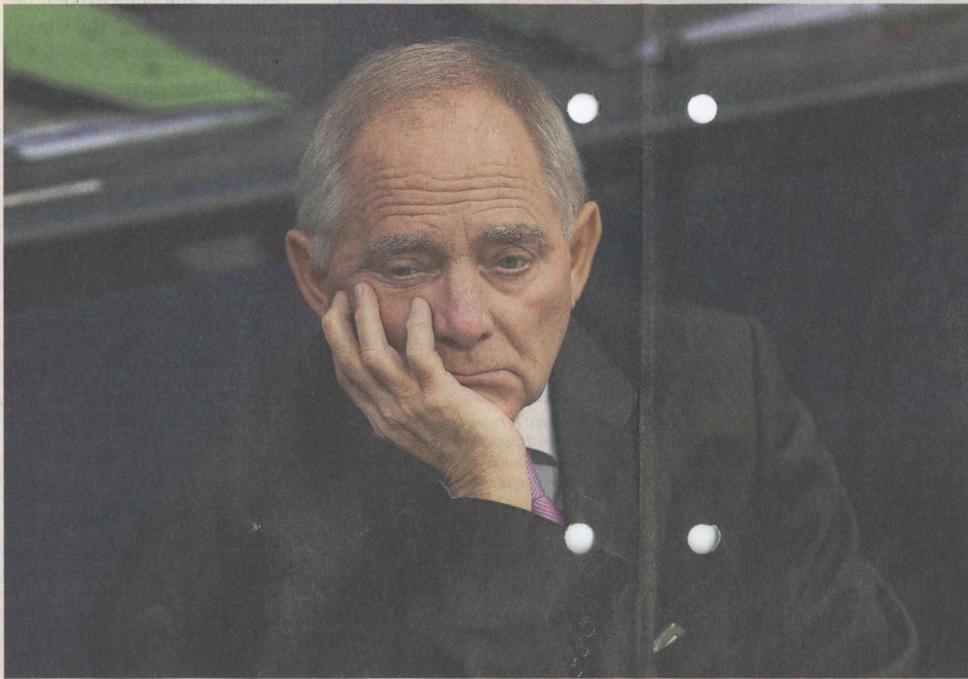
Donnerstag, 22. November 2012 · Nr. 273 / 47 D2

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## Fillon erklärt sich zum Sieger der Urwahl

chs. PARIS, 21. November. Der Machtkampf bei den französischen Konservativen setzt sich fort. Am Mittwoch hat der frühere Premierminister François Fillon das offizielle Ergebnis der Urwahl vom Sonntag angefochten und sich selbst zum Sieger erklärt. Die Ergebnisse von drei Überseegebieten seien nicht berücksichtigt worden, teilte Fillon in einem Schreiben mit. Daher sei das am Montagabend verkündete Ergebnis, nach dem sich der bisherige Generalsekretär der UMP, Jean-François Copé, mit einem Vorsprung von 98 Stimmen durchgesetzt habe, ungültig. Fillon forderte, dass der frühere Premier- und spätere Außenminister Alain Juppé vorübergehend die Partei führen solle. Copé lehnte das ab. „Es gab Ergebnisse. Wir müssen uns jetzt zusammenfinden und zusammenarbeiten“, sagte er in Paris. Solange keine andere Entscheidung gefallen sei, bleibe er Vorsitzender der Partei. Auch der Vorsitzende der internen Wahlkommission, Patrice Gélard, erklärte, dass er die Entscheidung zugunsten von Copé nicht mehr rückgängig machen könne. Allenfalls eine Berufungskommission sei dazu in der Lage. Fillon sagte aber, Gélard habe ihm bestätigt, dass drei Überseegebiete nicht in die Zählung einbezogen wurden. Anderenfalls läge Fillon nach dessen Angaben mit 26 Stimmen Vorsprung bei fast 176 000 abgegebenen Stimmen vor.



Der Marathon-Mann: Auch bei Finanzminister Wolfgang Schäuble hinterlässt die Rettung Griechenlands Spuren. Vor der Bundestagsdebatte hatte er sich in Brüssel in der Eurogruppe, wieder einmal, die Nacht um die Ohren geschlagen.

Foto dapd

## Berlin will Athen mit noch mehr Geld helfen

Eurogruppe streitet über Schuldentrückkauf / Steinbrück fordert Klarheit von Merkel

sat./wmu. BERLIN/BRÜSSEL, 21. November. Die Bundesregierung ist bereit, für die weitere Finanzierung des Griechenland-Hilfsprogramms über die bisherigen Pläne hinaus zusätzliches Geld einzusetzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte am Mittwoch nach Angaben von Teilnehmern vor der Unionsfraktion in Berlin, der Euro-Krisenfonds EFSF könne ein Schuldentrückkaufprogramm des griechischen Staates „in beizugem Umfang“ finanzieren. Ähnlich äußerte sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Berlin während der Generaldebatte des Bundestages. Die Rede ist davon, dass die EFSF dem griechischen Staat etwa zehn Milliarden Euro leihen könnte. Dieser könnte sich dann den Wertverlust seiner Anleihen zunutze machen, seine eigenen Papiere zu einem niedrigeren Tarif zurückkaufen und damit nominell seine Schuldenlast drücken.

Das Schuldentrückkaufprogramm gilt als ein Instrument unter mehreren, mit denen die Finanzierungslücke im laufenden Hilfsprogramm für Griechenland geschlossen werden könnte. Die Beratungen der Eurofinanzminister darüber wurden am frühen Mittwochmorgen in Brüssel nach rund zwölf Stunden abgebrochen. Der Vorsitzende der Eurogruppe, Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, setzte ein neues Treffen für den 26. November an. Die Finanzminister hätten „Fortschritte über ein einheitliches Paket an glaubwürdigen Initiativen“ erzielt, die einen weiteren Abbau des griechischen Schuldenbergs zum Ziel hätten, sagte Juncker. Auch Schäuble sprach von Fortschritten. Der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras kritisierte die abermalige Vertagung. Die Zukunft seines Landes und die Stabilität des Euroraums seien in Gefahr, sagte Samaras am Mittwoch.

„Griechenland hat getan, was es tun musste und zugesagt hatte.“ Die Europartner sollten nun ihre Versprechen ebenfalls halten, sagte der Ministerpräsident. Technische Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung der Maßnahmen könnten Verzögerungen nicht ausschließen. Doch in Brüssel hieß es nach Ende der Beratungen, die Positionen lägen noch sehr weit auseinander. „Die einzelnen Minister haben so viele rote Linien gezogen, dass wir es mittlerweile mit einem roten Teppich zu tun haben“, sagte ein Diplomat. Die Niederlande und Finnland sprachen sich strikt gegen ein Schuldentrückkaufprogramm aus. Im Bundestag forderte der designierte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück die Bundesregierung auf, die für Freitag vorgesehene Abstimmung über den Bundesetat für 2013 zu verschieben, „bis Klarheit in Europa ist“. (Fortsetzung Seite 2, siehe Wirtschaft, Seite 11.)

## Ägypten verkündet Gaza-Waffenruhe

Kein schriftliches Abkommen / Obama drängt Netanjahu zur Annahme / Anschlag in Tel Aviv

her. JERUSALEM, 21. November. Nach acht Tagen erbitterter Kämpfe hat die ägyptische Regierung am Mittwochabend bekanntgegeben, dass sich Israel und die in Gaza herrschende Hamas auf eine Waffenruhe geeinigt haben. Die Kampfhandlungen sollten um 21 Uhr israelischer Zeit eingestellt werden, teilte der ägyptische Außenminister Kamil Amr in Kairo mit. Zuvor hatte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama telefoniert. Danach teilte das Büro des Ministerpräsidenten mit, Netanjahu folge Obamas Empfehlung, der Waffenruhe eine Chance zu geben. Obama habe zugesagt, die Waffenruhe zu nutzen, um die Sicherheit Israels zu stärken und den Waffenschmuggel nach Gaza zu unterbinden. Offenbar handelt es sich nicht um ein schriftliches Abkommen. Beide Seiten einigten sich nur darauf, auf „Ruhe mit

Ruhe“ zu reagieren. Damit ist gemeint, dass die israelische Armee ihr Feuer einstellt, wenn das auch die Hamas und die anderen Terrorgruppen tun. Erst später soll über weitere Einzelheiten verhandelt werden. Die Hamas hatte versucht, weitergehende Forderungen wie ein Ende der israelischen Gaza-Blockade schon vor Beginn der Waffenruhe festzuschreiben. Zu der Verkündung der Waffenruhe war es wenige Stunden nach der Ankunft der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton in Kairo gekommen. Nach Gesprächen mit der israelischen Führung in Jerusalem sprach sie mit dem ägyptischen Präsidenten Muhammad Mursi. Außenministerin Clinton dankte Mursi für seine Vermittlungsbemühungen. Die neue ägyptische Regierung habe bewiesen, dass sie in der Region verantwortungsvoll eine Führungsrolle übernehme. Auch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon war am Mitt-

woch von Israel nach Ägypten geflogen, um die diplomatischen Vermittlungsversuche zu unterstützen, die durch ein Attentat auf einen Linienbus in Tel Aviv erschwert worden waren. Bei dem Anschlag wurden mehr als 20 Israelis verwundet; drei von ihnen schwer. Raketenangriffe in der Krisenregion uauerten am frühen Abend an. Nach Armeeangaben wurden bis zum Mittwochnachmittag mehr als 60 Raketen aus Gaza auf israelisches Gebiet abgefeuert. Rund ein Drittel habe das Abwehrsystem „Eiserner Kuppel“ abgefangen. In der Eschkol-Region wurden vier Israelis durch Granatenbeschuss verletzt. Im Gazastreifen stieg am Mittwoch die Zahl der Toten nach Angaben des Gesundheitsministeriums auf 147. Mehr als 1100 Menschen wurden demnach dort verletzt. (Siehe Seite 6 sowie Feuilleton, Seiten 27 und 33; Kommentar Seite 10.)

## Türkei beantragt Abwehraketen bei Nato

nbu. BRÜSSEL, 21. November. Die Bundesregierung will wie erwartet Patriot-Abwehraketen in die Türkei verlegen, um das Land vor Beschuss aus Syrien zu schützen. Als am Mittwoch eine offizielle Anfrage Ankaras bei der Nato einging, sagte Außenminister Westerwelle (FDP), er habe den deutschen Botschafter angewiesen, den Antrag, „wenn die Bedingungen erfüllt sind und unter den üblichen Vorbehalten, auch positiv anzunehmen“. Nato-Generalsekretär Rasmussen teilte

mit, dass die türkische Regierung um eine defensive Maßnahme gebeten habe. Es gehe nicht um die Absicherung einer Flugverbotszone oder eine Angriffsoperation. Die Allianz will nächste Woche ein Team zur Prüfung möglicher Einsatzoptionen in die Türkei schicken, mit einer Stationierung werde in den nächsten Wochen gerechnet. Außer Deutschland verfügen die Niederlande und die Vereinigten Staaten über Patriot-Batterien, mit denen Flugzeuge, ballistische Raketen und Marschflugkörper abgewehrt werden können. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) kündigte an, den Bundestag um ein Mandat zu bitten. (Siehe Seite 4.)

## Kongolesen attackieren UN-Soldaten

tos. JOHANNESBURG, 21. November. In DRCO verstarb sich nach dem Vormarsch der Rebellengruppe „M23“ die Unzufriedenheit mit Präsident Joseph Kabila, den die Rebellen zu stürzen versprochen. In etlichen Städten des Ostens protestierten Kongolesen aber auch gewaltam gegen die UN-Soldaten, denen vorgeworfen wird, die Einnahme von Goma nicht verhindert zu haben. Frankreich und Belgien fordern ein robusteres Mandat für die UN-Truppe. (Siehe Seite 7.)

## Pommes rot-schwarz

Von Berthold Kohler

Der Kanzlerkandidat der SPD hat dem Bundestag vorgeschlagen, die Verabschiedung des Bundeshaushalts so lange zu verschieben, „bis Klarheit in Europa ist“. Das darf man, bei Außerungen Steinbrücks ohnehin ratsam, nicht zu wörtlich nehmen. Denn die Klarheit im Detail, die er meint, wird es im Fall Griechenland, auf den er sich bezog, wohl nie geben. Geht es aber um die Klarheit des Gesamtbildes, dann könnte der Haushalt auch sofort verabschiedet werden. Die „Stunde der Wahrheit“, die Steinbrück jetzt gekommen sieht, ist schon lange angebrochen. Griechenland wird auf absehbare Zeit nicht ohne massive finanzielle Hilfen auskommen, wenn es nicht bankrottgehen und Teil der Eurozone bleiben soll. Trotz aller Anstrengungen ist Athen noch immer weit von der Schuldenquote in Höhe von 120 Prozent entfernt, die inzwischen wie eine magische Zahl behandelt wird, bei deren Erreichen alles gut wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Doch ein „gesunder“ Zielwert wie die im Maastricht-Vertrag festgeschriebenen sechzig Prozent wäre sofort als Phantasterei entlarvt worden. Da sich die in mehrfacher Hin-

sicht bittere Wirklichkeit in Griechenland aber nicht einmal an die gestreckten und geschönten Rettungspläne hält, müssen die anderen Angehörigen der Eurozone ständig nach neuen verschlungenen Wegen und Tricks suchen, um Athen vor der Zahlungsunfähigkeit und die Gläubiger, also sich selbst, vor Milliardenabschreibungen zu bewahren. Denn offenes Greifen in die Haushaltskasse, das sieht man schon im Bundestag, stößt auf wachsenden politischen Widerstand.

Doch könnte der Tag kommen, an dem diese oder die nächste Bundesregierung eingestehen muss, dass die Schuldenkrise nicht mehr „nur“ mit Bürgschaften, indirekten Transferzahlungen und Umgehungsfinanzierungen in Schach gehalten werden kann. Es wird nicht reichen, an diesem Tag zu wiederholen, es sei eine politische Entscheidung (gewesen), Griechenland nicht fallenzulassen. Wenn bis dahin die Mehrheit der Europäer nicht davon überzeugt ist, dass das eine gute Entscheidung war, wird es auch keine Mehrheiten für die Fortsetzung dieser Rettungspolitik geben. Das bekämen in Deutschland nicht nur Union und FDP zu spüren, sondern auch die SPD und der Frittenbudenkenner Steinbrück. Zu den Rettungsplänen wurden im Bundestag regelmäßig Pommes rot-schwarz gereicht: Die Sozialdemokratie hat immer mitgestimmt.

## Dorniger Dritter Weg

Von Reinhard Bingener

Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände sind nach dem wegweisenden Urteil des Bundesarbeitsgerichts die wohl glücklichsten Verlierer seit langem. Ihre Klagen gegen Streikaufrufe sind abgewiesen worden – im gleichen Atemzug haben die Erfurter Richter aber mit einer auch von den Kirchen selbst nicht erwarteten Deutlichkeit den „Dritten Weg“ im Arbeitsrecht bestätigt. Die Grundrichtung ist klar: Wenn die Kirchen sich selbst an ihr Modell der Lohnfindung halten, das statt auf Arbeitskampf auf eine verbindliche Schlichtung setzt, und dabei Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grad einbinden, dann „dürfen Gewerkschaften nicht zu einem Streik aufrufen“.

Das Urteil aus Erfurt ist ein Aufruf an die diakonischen Träger, die von ihnen selbst eingeschlagenen Ab- und Umwege zu verlassen und auf den rechten (Dritten) Weg zurückzukehren. Wenn kirchliche Träger Auslagerung und Zeitarbeit einsetzen oder eine Asymmetrie zu ihren Gunsten schaffen, indem sie aus verschiedenen kirchlichen Tarifen den jeweils für sie günstigsten auswählen, dann sind sie es selbst, die vom Dritten Weg abweichen. Die Erfurter Richter haben die Missbrauchsmöglichkeiten präzise benannt. Diese abstellen, oder Frank Bsirske kommt – das ist, überspitzt formuliert, die Alternative, vor die sie die Kirchen gestellt haben. Diese haben es nun selbst in der Hand.

Das Siegesgeheul von Verdi nach dem Urteil ist deshalb wenig glaubwürdig. Die Gewerkschaft könnte derzeit zwar noch vielerorts zu Streiks aufrufen. Aber die Bundesarbeitsrichter haben Gewerkschaftschef Bsirske keinen Hebel in die Hand gedrückt, mit dem er auf mittlere Frist das kirchliche Arbeitsrecht aus dem Gleis heben kann. Für die kirchlichen Dienstnehmer könnte das Urteil Anlass sein, sich zu fragen, ob sie mit Verdi wirklich so gut fahren, wie viele von ihnen glauben. Mit weltlichen Trägern handelt Verdi Löhne aus, die unterhalb der kirchlichen Tarife liegen. Und das sture Verhalten von Verdi gegenüber den Kirchen nährt den Verdacht, dass es der Gewerkschaft weniger um die Löhne der Mitarbeiter geht, sondern in erster Linie um Mitgliederwerbung.

Doch selbst wenn die Kirchen nun vorhandene Missstände abstellen, werden sie sich auf dem Urteil von Erfurt nicht ausruhen können. Denn der Kampf um das Streikrecht ist nur als Folge der Ökonomisierung des Sozialwesens angemessen zu verstehen. Die Abkehr vom Prinzip der Kostendeckung und die Hinwendung zu Fallpauschalen und Trägerkonzurrenz ist das Grunddatum fast aller Konflikte in diesem Bereich. Weder die Wohlfahrtsverbände und schon gar nicht die Gewerkschaft Verdi haben dazu bisher ein konstruktives Verhältnis gefunden. Stattdessen betreiben sie eine bisweilen maßlose Polemik nicht nur gegen die Auswüchse, sondern gegen die Ökonomisierung insgesamt.

Dagegen ist festzuhalten: Eine ökonomische Betrachtung des Sozial- und Gesundheitswesens ist richtig, solange sie nicht zu einer Durchökonomisierung führt. Für eine komplette Rationalisierung sind die moralischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Abwägungen im Sozial- und Gesundheitssektor in der Tat viel zu komplex. Aber der Staat ist es nicht nur den Steuerzahlern, sondern auch den Leistungsempfängern schuldig, dass er versucht, mit seinen beschränkten Mitteln für den Sozialsektor den größtmöglichen Nutzen zu erzielen. Vorhandene Rationalisierungspotentiale zu heben ist deshalb nicht verwerflich, sondern geboten.

Das eigentliche Problem im Sozialwesen ist auch nicht die Rationalisie-

Das Urteil zum Streikrecht verschafft den Kirchen eine Atempause – nicht mehr.

rung, sondern die Veränderungen der Anreize, die damit einhergehen. Alte Fehlanreize wurden so vielfach durch neue Fehlanreize ersetzt. Wo sich früher das Zuviel in der Versorgung für einen Träger gelohnt hat, zahlt sich heute das Zuvwenig für ihn aus.

Das kirchliche Arbeitsrecht birgt in dieser Hinsicht eine Chance, weil es zwar für ökonomische Belange offen ist, aber sich gegenüber einer ausschließlich ökonomischen Betrachtung eine gewisse Sprödigkeit bewahrt hat. Es zielt darauf, innerhalb einer Einrichtung ein tragendes, verschiedene Berufsgruppen verbindendes Ethos auszubilden. Das ist an sich sinnvoll – die Kirchen müssten ihr Modell dafür jedoch nach innen wie nach außen auch plausibel machen.

Und noch vor einer weiteren Aufgabe stehen die Kirchen. Der Angriff auf das Streikverbot ist Teil einer weit umfassenderen Infragestellung ihrer Selbstbestimmung, die von den Gewerkschaften, der Linkspartei und den Grünen im Verein mit kleinen, religionsfeindlichen Gruppierungen betrieben wird. Vieles, was dabei vorgebracht wird, ist bei näherer Betrachtung einseitige Skandalisierung. Letztlich wird es aber reichlich egal sein, wie es ist. Viel wichtiger wird sein, wie es aussieht. Kein Gericht der Welt wird die Kirchen schützen können, wenn sie auf Dauer gegen die öffentliche Meinung agieren. Deshalb müssen sie zügig die Angriffsflächen verkleinern. Für die katholische Kirche heißt das, von überdehnten Ansprüchen an die Lebensführung ihrer Mitarbeiter abzurücken. Die evangelische Kirche muss ihrerseits das unüberschaubare organisatorische Gerümpel innerhalb der Diakonie gründlich lichten. Wenn die Kirchen nicht bald entschlossen handeln, sieht es trotz des Erfolgs in Erfurt auf lange Sicht düster aus für ihren Dritten Weg.

## Heute

### Lukrative Lehman-Pleite

Die Insolvenz der deutschen Lehman-Bank geht für Gläubiger gut aus. Auch der Verwalter bekommt viel Geld. Hedgefonds machen trotzdem Druck. **Wirtschaft, Seite 14**

### Die Wut des Opfers

Brandanschläge haben vor 20 Jahren drei Menschen das Leben gekostet und Mölln ins deutsche Gedächtnis geschrieben. Ein überlebendes Opfer übertönt das Gedenken mit Anklagen. **Politik, Seite 3**

### Polnische Verschwörung

Glaubt man den Behörden, ist die politische Klasse des Landes gerade einer Katastrophe entgangen. Die nationalkonservative Opposition sieht sich hingegen als Opfer einer Inszenierung. **Politik, Seite 7**

### Europäische Einigung

Lange haben die EU-Staaten über den gemeinsamen Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 gestritten. Heute beginnt die wohl letzte Gesprächsrunde – eine Einigung ist jetzt in Sicht. **Wirtschaft, Seite 13**

### Ab sprung zweiter Klasse

Dauer-Skispringer Martin Schmitt leitet jetzt doch den Übergang in das „Leben danach“ ein – und versucht trotzdem, noch einmal auf die großen Schanzen zurückzukehren. **Sport, Seite 26**

### Beißwut beigelegt

Die „Twilight“-Romanreihe über Vampire, Werwölfe und Schmutzkummer wollte schier kein Ende nehmen – dann wurde sie auch noch verfilmt, aber selbst damit ist jetzt Schluss. **Feuilleton, Seite 29**

### Nah am Wasser gebaut

Die Provence ist Vorbild für das wilde Kelgurien, die Landschaft von Wolf von Niebelschütz' Roman „Kinder der Finsternis“. Darin wird geliebt, intrigiert und vor allem ein Fluss gezähmt. **Reiseblatt, Seite R 1**



Briefe an die Herausgeber	32	Zeitgeschehen	10	Finanzmarkt	19	Kino	31
Reiseblatt	R 1	Wirtschaft	11	Kurse	22	Neue Sachbücher	32
Bildungswelten	8	Unternehmen	14	Sport	25	Medien	33
Deutschland und die Welt	9	Wetter	18	Feuilleton	27	Fernsehen und Hörfunk	34

## STREIFZÜGE

Oberhausen

Endlich  
nur Zweiter

W Weil 1758 im heutigen Ortsteil Osterfeld die erste moderne Eisenschmelze des Ruhrgebietes, die St. Antony-Hütte, entstand, wird Oberhausen als „Wiege der Ruhrindustrie“ bezeichnet. Freilich hat Oberhausen wie alle anderen Städte des Ruhrgebiets schon lange heftig mit dem Niedergang von Kohle und Stahl zu kämpfen. Aber Oberhausen sieht sich heute als Vorbild für einen gelungenen Strukturwandel. Selbstbewusst heißt es im offiziellen Stadtporträt, insbesondere durch Projekte wie die „Neue Mitte“ und das „Centro Oberhausen“ – „Europas modernstes Einkaufs- und Freizeitzentrum“ – habe die Stadt einen enormen Imagegewinn verzeichnen können. Kritiker sehen allerdings eben darin das deutsche Paradebeispiel für verfehlte Stadtplanung. Das Centro habe nicht zu einer neuen Mitte, sondern dazu geführt, dass Oberhausen heute gar keine Mitte mehr habe.

Überregionale Aufmerksamkeit war der Stadt in den vergangenen Jahren allerdings aus einem anderen Grund sicher. Oberhausen galt als die am höchsten verschuldete Stadt Deutschlands. Im vergangenen Sommer fügte es sich dann für Berichterstatter schön, dass ein Mann mit griechischem Namen das undankbare Amt des Kämmers von Oberhausen übernahm. Apostolos Tsalastras konnte anfangs noch über die Wortspiele lachen. Aber dann nervte es den Sozialdemokraten bald nur noch, wenn von seinem Oberhausen wieder

einmal als von einer „griechischen Insel“ mitten in Deutschland die Rede war.

Wenigstens diese Last ist nun von Tsalastras genommen. Denn nach neuesten Berechnungen ist nicht mehr Oberhausen, sondern mittlerweile Kaiserslautern die pro Einwohner schuldenreichste Stadt Deutschlands. Nachhaltig verbessert hat sich die Lage in Oberhausen allerdings nicht. Die Stadt hat lediglich ihren Schuldenstand (8500 Euro pro Kopf) stabilisieren können, während im rheinland-pfälzischen Kaiserslautern die Verbindlichkeiten auf 10 635 Euro je Einwohner geklettert sind. Tsalastras fordert deshalb Bund und Länder auf, den Städten mehr Sozialkosten abzunehmen. Und auch der Solidarpakt Ost müsse überprüft werden, findet der Kämmerer.

REINER BURGER

## Heute

## Menschenrechtsagenten

Russische Nichtregierungsorganisationen, die sich politisch betätigen und ausländische Mittel für Projekte erhalten, müssen sich jetzt beim Justizministerium als „ausländische Agenten“ eintragen lassen. **Politik, Seite 7**

## Völlig unzureichend

Wenn sich der Fremdsprachenunterricht in den Grundschulen auf Einzelwörter und damit die halbe Sprache beschränkt, sollte er abgeschafft und die Zeit anders genutzt werden. **Bildungswelten, Seite 8**

## Eine Jacke, die allen passt

Chanel macht mit einer Fotoausstellung Station in Berlin – und Bruno Pavlovsky, der Modedirektor, erklärt die Luxusmarke mit dem immer neu interpretierten Formeninventar. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

## Zieht euch bitte etwas an

Das freizügige San Francisco hat jetzt die öffentliche Nacktheit bei Strafe verboten. „Die Nackten haben es einfach übertrieben“, sagt Stadtrat Scott Wiener. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

## Reform der Asylpolitik?

Das Protestlager von Asylbewerbern vor dem Brandenburger Tor verbucht einen weiteren Erfolg: An diesem Donnerstag sprechen Bundestagsabgeordnete mit den Flüchtlingen. **Zeitgeschehen, Seite 10**

## Primas der Anglikaner

Die Flügelkämpfe in der Kirche von England werden erbitterter. Nun lehnten die Laien die Weihe von Bischöfen ab. Das überschattet den Amtsantritt des designierten Primas Welby. **Zeitgeschehen, Seite 10**



Jubel über einen Tod: In den Straßen von Bombay ist am Mittwoch die Hinrichtung des pakistanischen Terroristen Ajmal Kasab gefeiert worden. Kasab war wegen der Anschläge von Bombay zum Tode verurteilt worden, bei denen Ende November 2008 insgesamt 166 Menschen ermordet worden waren. Er war der einzige der zehn islamistischen Terroristen, der nach 60 Stunden dauernden Kämpfen, die auf die Angriffe auf ein Luxushotel und ein jüdisches Gemeindezentrum folgten, lebend gefasst werden konnte. Die pakistanischen Taliban bezeichneten Kasab als Märtyrer.

Foto dpa

Fortsetzung von Seite 1

## Berlin will Athen mit noch mehr Geld helfen

„Alles kostet Geld, alles betrifft den Bundeshaushalt“, sagte Steinbrück. Die Finanzlücke in Griechenland sei ohne Inanspruchnahme des deutschen Steuerzahlers nicht zu schließen. Schäuble wies die Forderung zurück: Das, was bei Griechenland nun zur Entscheidung stehe, habe mit dem Bundeshaushalt nichts zu tun, sagte er. Keine der Maßnahmen, die in der Eurogruppe diskutiert würden, jedenfalls der Maßnahmen, für welche die Bundesregierung eintrete, hätte Auswirkungen auf den Haushalt 2013, sagte Schäuble. Steinbrück appellierte an Frau Merkel: „Machen Sie sich selbst ehrlich.“ Auch der Fraktionsvorsitzende der Grünen Jürgen Trittin und die Vorsitzende der Linkspartei Katja Kipping kritisierten, dass der vorliegende Etatentwurf die Risiken für den deutschen Steuerzahler nicht berücksichtige. Trittin sagte, es sei mehr als wahrscheinlich, dass die Rettung der Steuerzahler erstmals direkt Geld kosten werde.

Steinbrück knüpfte die Zustimmung der SPD-Fraktion zu einem neuerlichen Hilfspaket für Griechenland an Bedingungen. Er fragte, was aus den Zusagen der Regierung zur Finanztransaktionssteuer und zum Wachstums- und Beschäftigungspakt in Europa, die vor der Verabschiedung des Fiskalpaktes im Sommer gegeben worden waren, geworden sei. „Wenn wir uns von Ihnen hinter die Fichte geführt fühlen in diesem Punkt, dann werden wir Ihnen er-

neut die Kastanien aus dem Feuer nicht mehr rausholen, wenn Sie unsere Zustimmung wieder brauchen“, sagte er. Der Kanzlerin warf er vor, sie mehr als zwei Jahren einen „Schleiertanz“ aufzuführen, um von der Lage in Europa abzulenken.

Frau Merkel beteuerte, die Finanztransaktionssteuer sei Priorität der EU-Kommission. Auch der EU-Wachstums- und Beschäftigungspakt werde verwirklicht. Sie appellierte an die Opposition, in der Europapolitik und bei der Regulierung der Finanzmärkte mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die Differenzen lägen hier nicht innerhalb, sondern außerhalb Deutschlands. Die Kanzlerin verteidigte ihr Schritt-für-Schritt-Management der Schuldenkrise: Die Sehnsucht, mit einem großen Befreiungsschlag alle Probleme zu lösen, sei unerfüllbar. Weiter sagte sie: „Natürlich ist das eine politische Entscheidung zu sagen, wir wollen, dass Griechenland im Euroraum bleibt.“ Das ändere aber nichts daran, dass Griechenland einen weitgehenden Staatsumbau brauche und man Reformen einfordern müsse. Aktuell gehe es darum, eine Finanzlücke für das Land zu decken, die sich aus einer Verschiebung der Haushaltsziele für das Land ergibt. „Ich glaube, es gibt Chancen, man weiß es nicht, am Montag dann eine Lösung zu haben“, sagte sie.

Vor der Generaldebatte hatte Schäuble die Fraktionen in deren Sondersitzungen

über die Verhandlungen in Brüssel unterrichtet. Schon vor dem Treffen der Eurogruppe hatte sich abgezeichnet, dass sich vorerst nicht die bis 2016 reichende gesamte Finanzierungslücke von 32,6 Milliarden Euro schließen lässt, sondern die Finanzierung auf den Zeitraum bis 2014 beschränkt bleibt. Nach dem vorläufigen Scheitern der Gespräche ist aber nicht einmal mehr sicher, ob diese Lücke finanziert ist. Es ist weiter beabsichtigt, dazu mehrere Maßnahmen zu ergreifen. Neben dem Schuldentrückkauf bleiben eine Zinssenkung, das Aussetzen der Zinszahlungen und eine Verlängerung der Zahlungsziele im Gespräch. Gegen Zinssenkungen sind vor allem Länder, deren eigene Finanzierungskosten über dem Durchschnitt des Euroraums liegen. „Wir können nichts beschließen, bevor wir kein Paket aus allen Komponenten zusammenbekommen“, sagte ein Diplomat.

Ungelöst blieb auch der Streit mit dem Internationalen Währungsfonds über die Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit des griechischen Staates. Der Fonds will sichergestellt sehen, dass die griechische Staatsschuld schon in den kommenden Jahren nachhaltig sinkt. In Brüssel herrscht die Einschätzung vor, dass dies nur mit einem Schuldenschnitt unter Beteiligung öffentlicher Gläubiger möglich wäre, was die Eurogruppe bis auf weiteres ablehnt.

## Sechsergruppe will bald mit Iran verhandeln

anr. FRANKFURT, 21. November. Die fünf UN-Vetomächte und Deutschland streben „so schnell wie möglich“ neue Verhandlungen mit Iran über sein Atomprogramm an. Das ließ die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton am Mittwoch nach Beratungen mit hohen Diplomaten aus den sechs Staaten in Brüssel mitteilen. Nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde hat Iran seine zweite Anlage zur Urananreicherung in Fordo nun fertig gebaut. Die Sechsergruppe fordert unter anderem die sofortige Schließung dieser Anlage. Der amerikanische Präsident Barack Obama hatte sich nach seiner Wiederwahl offen für direkte amerikanisch-iranische Gespräche gezeigt.

## STIMMEN DER ANDEREN

## Kostendruck und Preiswettbewerb

Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ kommentiert das Urteil des Bundesarbeitsgerichts zum Streikrecht in kirchlichen Einrichtungen:

„Nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts zeigten sich sowohl die Gewerkschaften als auch die kirchlichen Wohlfahrtsverbände zufrieden. Die Gewerkschaften Verdi und Marburger Bund haben nun einen Fuß in der Tür, wenn es um das Streikrecht geht – Diakonie und Caritas sehen dagegen den bisherigen Sonderweg im kirchlichen Arbeitsrecht bestätigt. Doch welche Konsequenzen hat die Entscheidung der Erfurter Richter? Erst die schriftliche Urteilsbegründung wird vermutlich für Klarheit sorgen. Jahrelang funktionierte das System des sogenannten Dritten Weges der Kirchen weitgehend ohne Konflikte. Der Kostendruck und ein verschärfter Preiswettbewerb im Gesundheitswesen und in der Pflege haben die Situation verändert.“

## Fragen an den Arbeitgeber Kirche

Die „Stuttgarter Nachrichten“ schreiben zu diesem Thema:

„Der Arbeitgeber Kirche muss sich fragen lassen, ob er unter dem Deckmantel der gesetzlich garantierten Selbstständigkeit wirklich rigoros fragwürdige Lohn-Modelle durchsetzen will. Ob es wirklich mit dem christlichen Selbstverständnis vereinbar ist, auf Sonderrechte bei Tarifvertragsgesetz, Koalitionsfreiheit und Streikrecht zu pochen – erst recht, wenn vieles davon gegen die Interessen der Mitarbeiter eingesetzt wird. Ja, die Richter betonen den Sonderstatus der Kirchen als Unternehmer. Ge-

rade deshalb aber sollten sie das arbeitsrechtliche Privileg nicht weiter wie eine Tarifeule schwingen.“

## Eine Chance

Die „Nordwest-Zeitung“ (Oldenburg) meint:

„Sollte es gelingen, die alten Verkrustungen tatsächlich aufzubrechen, besteht durchaus die Chance, dass Diakonie und Caritas gemeinsam mit ihren Mitarbeitern nicht nur ihre gute Arbeit fortführen, sondern auch in einem durch wirtschaftliche Zwänge geprägten Umfeld besondere Akzente setzen. Dazu brauchen sie allerdings die Unterstützung der Kirchen, die diese Einrichtungen finanziell so stärken könnten, dass sie sich nicht auf einen Rationalisierungswettbewerb mit der Konkurrenz einlassen müssen. Wo Diakonie oder Caritas draufstünde, wäre dann wirklich Kirche drin.“

## Es liegt an den Kirchen

Die „Badische Zeitung“ (Freiburg) sieht es so:

„Spötter sagen, dass manche Einrichtungen nur deshalb noch unter dem kirchlichen Dach sind, damit sie nicht bestreift werden können. Umgekehrt hat natürlich auch Verdi Eigeninteressen. ... Trotzdem hat die Gewerkschaft ein strukturelles Defizit benannt. Sollte sich der streikfreie dritte Weg der Kirchen auf lange Sicht als bloßes Billigmodell entpuppen, dann wird das Streikverbot am Ende doch gekippt, sei es politisch oder juristisch. Es liegt also jetzt an den Kirchen, die schwarzen Schafe in ihren Reihen wieder zum fairen Miteinander zu bewegen.“

## Abstufung für Hollande?

Zur Abstufung der Kreditwürdigkeit Frankreichs schreibt „Der Standard“ (Wien):

„Nach und nach muss Hollande nun seinen Kurs ändern. Der im Wahlkampf noch verteilte Fiskalpakkt für mehr Haushaltsdisziplin wurde inzwischen von den Sozialisten ratifiziert. Angekündigte zusätzliche Staatsausgaben in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr wurden eingestampft. Bei der Arbeitsmarktflexibilisierung droht Hollande den Sozialpartnern mit einem Alleingang der Regierung. Er und seine Regierung müssen also unpopuläre Maßnahmen ergreifen. Wer zuvor aber so viel versprochen hat, was nicht haltbar ist, darf sich nicht wundern, wenn ihm das Vertrauen entzogen wird. Findet der Präsident dafür keine gute Erklärung, werden sich die Wähler den Ratingagenturen anschließen.“

## Letzte Warnung

„Le Figaro“ (Paris) zeigt sich nicht überrascht von der Entscheidung:

„Und das, was geschehen musste, geschah: Nach sechs Monaten der Beobachtung des Beginns der fünfjährigen Amtszeit von François Hollande hat Moody's ein Bekenntnis abgelegt: Frankreich verdient seine wertvolle Note AAA nicht mehr, die die Staaten belohnt, die am besten geführt werden, die die effizienteste Wirtschaftspolitik praktizieren. Um es offen zu sagen, das Gegenteil wäre überraschend gewesen! ... Diese neuerliche Herabstufung Frankreichs muss als das genommen werden, was sie ist: eine letzte Warnung, bevor die Dinge ernsthaft den Bach hinuntergehen.“

Einsamer Wolf  
mit Hammer

David Cameron hat wenige Freunde in Brüssel. Zu oft hat er schon antieuropäische Ressentiments vieler Briten bedient. Beim Gipfeltreffen zum EU-Etat hängt viel von seiner Flexibilität ab.

Von Nikolas Busse

BRÜSSEL, 21. November. Wenn David Cameron in Brüssel ist, dann sieht er immer so aus, als fühle er sich unwohl. Seine öffentlichen Auftritte wirken verkrampft und gehetzt, dauernd spricht er von der Verteidigung des britischen Interesses, obwohl das nun wirklich nicht bei jedem Gipfel auf dem Spiel steht. Der Historiker Peter Ludlow, der eine Chronik der Europäischen Räte schreibt, hat kürzlich bemerkt, dass Cameron einer der wenigen einsamen Wölfe unter den Staats- und Regierungschefs sei. Ludlow, der selbst Brite ist, verkniff sich nicht den Hinweis, dass das in der EU „ein Zeichen von Schwäche, nicht von Stärke“ sei.

In der Tat hat Cameron das Vereinigte Königreich noch einmal ein Stück weiter von der EU entfernt, als das viele Premierminister vor ihm getan haben. Das fing sogar schon vor seinem Einzug in die Downing Street an. Noch als Oppositionsführer setzte er durch, dass die britischen Konservativen die christlich-demokratische Fraktion (EVP) im Europaparlament verlassen, der sie viele Jahre angehört hatten. Sie bilden nun eine eigene Fraktion („Europäische Konservative und Reformisten“), zu der sich ein paar osteuropäische Euroskeptiker und einige rechtspopulistische Westeuropäer gesellt haben. Im Parlamentsalltag hat das nicht zu mehr Einfluss geführt. Die Tories beschwerten sich inzwischen bei ihrer früheren Fraktion, der größten und einflussreichsten des Hauses, über einen Mangel an Absprachen.

Im Rat der „Chefs“ hat sich Cameron vor ziemlich genau einem Jahr in eine Abseitsposition manövriert, als er den Fiskalpakkt blockierte. Das mag zu Hause wie eine Heldentat ausgesehen haben, hat den europäischen Zug aber nicht aufgehalten. Der fährt nun ohne die Briten weiter, denn am Ende haben 25 der 27 EU-Staaten den Pakt unterschrieben. Nur die Tschechen blieben ebenfalls abseits, was niemand in London als Gewinn eines Großverbündeten empfinden dürfte. Seit diesem Vorfalle gilt Cameron in Brüssel als ein ernstes Problem, weil sich jeder fragt, wie viele Knüppel er der EU bei den anstehenden Umbauarbeiten wegen der Finanzkrise noch zwischen die Beine werfen wird.

Von diesem Donnerstag an geht es in Brüssel einmal nicht um die Rettung überschuldeter Mitgliedstaaten, sondern um den EU-Haushalt. Das war für britische Regierungschefs schon immer ein Hauptkampftag. In den aktuellen Verhandlungen, die sich um die Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2020 drehen, fordert Cameron nicht sein Geld zurück, was die seine berühmte Vorgängerin Margaret Thatcher getan hat, sondern er will von vornherein weniger nach Brüssel überweisen. Wenn in Großbritannien (und vielen anderen Mitgliedstaaten) die öffentlichen Ausgaben für Polizei, Verteidigung, Schulen und anderes zusammengestrichen würden, dann müsste auch in der EU gespart werden, lautet sein Argument. Das richtet sich gegen die Europäische Kommission und das Europaparlament, die mehr Geld wollen, und gegen die vielen Nettoempfänger im Süden und Osten Europas, die für ihre Subventionen kämpfen. Andere Nettozahler, unter ihnen Deutschland, teilen die britische Sicht durchaus. Ihnen ist der jungs-

te Kompromissvorschlag von Ratspräsident Herman Van Rompuy, der Ausgaben über 1011 Milliarden Euro für die nächste Siebenjahresperiode vorsieht, immer noch zu hoch.

Cameron reist zu diesem Rat aber wieder mit dem Vetohammer im Gepäck an, seinem mittlerweile wichtigsten Werkzeug in europäischen Verhandlungen. Der Premierminister wolle eine Einigung, hieß es am Vorabend des Treffens. Er habe mit etlichen anderen Staats- und Regierungschefs vorher am Telefon oder in bilateralen Treffen geredet. Trotzdem sei das Vereinigte Königreich bereit, den Gipfel platzen zu lassen, wenn kein befriedigendes Ergebnis zustande komme.

Drohungen mit einem Veto waren in den vergangenen Wochen auch aus anderen Mitgliedstaaten zu hören. Das ist Teil des diplomatischen Geschäfts, wenn in der EU Haushaltsverhandlungen anstehen. Der Unterschied zwischen Cameron und anderen „Chefs“ ist, dass Letztere sich von vornherein auf einen Kompromiss einstellen. Der britische Premierminister ist der einzige Gipfelteilnehmer, dem zugetraut wird, dass er die Verhandlungen für das heimische Publikum scheitern lässt, selbst wenn eine halbwegs vernünftige Einigung zu erzielen wäre. In Brüssel weiß jeder, dass Cameron nicht nur einen Unterhausbeschluss beachten muss, in dem eine reale Verringerung des EU-Budgets verlangt wird, sondern auch eine öffentliche Meinung im Nacken hat, die euroskeptisch ist wie lange nicht.

Großbritannien ist kein vollwertiges EU-Mitglied. Nur am Binnenmarkt nimmt es unumschränkt teil. Es gehört der Eurozone nicht an, ist nicht Teil des Schengen-Raums, hat sich in der Innen- und Justizpolitik ein „opt-in“ vorbehalten. Seit den Erfahrungen der Euro-Krise scheint diese Sonderstellung, die sonst nur noch Dänemark innehat, vielen Briten aber nicht mehr zu reichen. Getrieben von eigenen Überzeugungen und euroskeptischen Hinterbänkler, deutet Cameron die Krise als eine historische Chance, in der Britannien sein Verhältnis zur EU neu ordnen kann. Austreten will er nicht, aber Kompetenzen aus Brüssel zurückholen. So erwägt die britische Regierung, 109 Rechtsakte aus der EU-Innenpolitik zu kündigen, was sie dank einer Ausnahmeregelung im Lissabon-Vertrag bis Mitte 2014 tun kann.

Im Rest der EU verfolgt man diese Entwicklung mit einer Mischung aus Verärgerung und Ratlosigkeit. Im Europaparlament gibt es einige, die sagen, die Briten sollten die EU lieber verlassen, als dauerhaft den Betrieb zu stören. Da dürfte sich unter anderem die Erfahrung mit den Abgeordneten der britischen Unabhängigkeitspartei niederschlagen, die im Straßburger Plenum mit britischen Fächchen am Pult sitzen und keine Gelegenheit auslassen, Hohn, Spott und Schadenfreude über der Union auszusprechen. In den Mitgliedstaaten ist man vorsichtiger, vor allem in Berlin. Die Bundeskanzlerin hat zu Beginn des Monats zu Protokoll gegeben, dass sie sich eine EU ohne Großbritannien nicht vorstellen könne. In der deutschen Politik ist vielen bewusst, dass Europa auf der Weltbühne deutlich an Gewicht einbüßen würde, wenn die militärisch so starken Briten eigene Wege gingen.

Dass in den nächsten Tagen im Brüsseler Ratsgebäude schon über die Zukunft Großbritanniens in der EU entschieden wird, würden nicht einmal pessimistische Diplomaten sagen. Aber in der EU-Hauptstadt ist vielen bewusst, dass das Ergebnis einen Einfluss auf die britische Debatte haben wird. Cameron selbst hat dazu noch einmal beigetragen, indem er zu Beginn der Woche die Diskussion auf einen Teilaspekt lenkte, der (nicht nur) in Großbritannien besonders viel Empörungspotential birgt: die Bezahlung der EU-Beamten.

## Frankreich rückt ins Zentrum der Krise

„El Periódico de Catalunya“ (Barcelona) blickt auf den größeren Zusammenhang:

„Die Ratingagenturen haben stark an Ansehen verloren. Dennoch sorgte die Entscheidung von Moody's für Aufsehen. Frankreich rückt ins Zentrum der Krise. Erst vor zwei Wochen hatten angelsächsische Medien die französische Wirtschaft als die ‚Zeitbombe der EU‘ charakterisiert. Deutschland vermeidet es, offen Kritik an der Politik von Staatspräsident François Hollande zu üben, hält aber unermüdet an seiner Austeritätspolitik fest. Damit bringt es die französischen Sozialisten in eine peinliche Lage, die nach einer Formel für einen weniger harten Kurs und eine gleichmäßige Verteilung der Opfer suchen.“

## Putin erniedrigt Andersdenkende

„Dagens Nyheter“ (Stockholm) blickt nach Russland:

„Durch Wladimir Putin hat sich der Druck auf unabhängige Organisationen in Russland stetig erhöht. Zuerst ein bisschen diskret. Nach seiner Wiederwahl für die dritte Amtszeit als Präsident offen und brutal. Das jüngste, jetzt in Kraft getretene Gesetz ist das deutlichste Signal dafür. Alle Organisationen, die Geld aus dem Ausland annehmen, müssen sich als ausländische Agenten registrieren. ... Die Machthaber erreichen einen doppelten Effekt. Zum einen stehen die betroffenen Aktivisten als suspekt da. Zum anderen werden potentielle Sympathisanten daran erinnert, dass das Los für Andersdenkende öffentliche Erniedrigung ist.“

## Hedgefonds bedrängen den Lehman-Verwalter

Quote von 80 Prozent / Hedgefonds wollen mehr / Insolvenzverwaltung steht hohes Honorar ins Haus

Kno/cbu. FRANKFURT, 21. November. Die Insolvenz der deutschen Tochtergesellschaft der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers sprengt Dimensionen: Die Insolvenzmasse erreicht nach Informationen dieser Zeitung mehr als 15 Milliarden Euro. Die Gläubiger werden mindestens 80 Prozent ihrer Forderungen zurückerhalten. Hedgefonds allerdings, die nach der Insolvenz für wenig Geld Forderungen von Lehman-Gläubigern gekauft haben, wollen eine höhere Rendite für sich herausholen. Deshalb setzen sie den Insolvenzverwalter Michael Frege mit bedrohlichen Andeutungen zur Höhe seines Honorars unter Druck. Ihr Hebel: Für die Insolvenzverwaltung werden Honorare in hoher dreistelliger Millionenhöhe fließen. Wenn das in der Öffentlichkeit schlecht ankommt, hat Frege ein Problem.

Frege beteuert in mehreren Gesprächen mit dieser Zeitung, dass es ihm allein um sein Selbstverständnis als Insolvenzverwalter geht, um das Grundprinzip des deutschen Insolvenzrechts, dass alle Gläubiger gleich zu behandeln sind. Diese Gleichbehandlung aber sei für die Hedgefonds ein Fremdwort. Für Frege ist das auch deshalb ärgerlich, weil das komplexe Verfahren so erfreulich verläuft: Von der Insolvenzmasse werden allein 5,6 Milliarden Euro zurück an die Deutsche Bundesbank fließen. Zwischen 9 und 10 Milliarden Euro stehen zur Verteilung an die übrigen Gläubiger zur Verfügung; einer der größten unter ihnen ist der deutsche Einlagensicherungsfonds. Das ist viel mehr, als jemals erwartet wurde. Zu Beginn des Verfahrens, so erinnert sich Frege, habe es gerade einmal ein paar 100 Millionen flüssige Mittel auf den deutschen Lehman-Konten gegeben. Die Geschichte, wie danach die Milliarden zusammengekommen sind, liest sich wie ein Krimi.

Dem Ertrag stehen allerdings auch Kosten gegenüber, welche die hinter Frege stehende Kanzlei CMS Hasche Sigle zu einem großen Teil vorgestreckt hat. Die vom Gericht bisher genehmigten knapp 70 Millionen Euro Vorschuss deckten nicht einmal die Hälfte der Kosten ab, die CMS in den vergangenen vier Jahren vorgeschossen habe, rechnet Hubertus Kol-



Hier gibt es noch etwas zu holen: Die Insolvenzmasse liegt bei 15 Milliarden Euro

Foto Frank Röh

ster vor, der Managing Partner von CMS. Mit mehr als 200 Millionen Euro sei Deutschlands größte Kanzlei schon in Vorleistung gegangen. Deswegen stehen in diesen Tagen Gespräche mit dem Insolvenzgericht über die Anpassung des Vorschusses an.

Auch die Frage der Gesamtentlohnung, die schließlich bezahlt werden wird, hat Brisanz: Ein Gutachten kommt gar zum Ergebnis, dass der Kanzlei am Schluss die Summe von bis zu 800 Millionen Euro zustehen könnte. Entscheiden wird darüber aber ebenfalls allein das Gericht – und je

schneller man das Verfahren zu Ende bringen könne, desto geringer würden auch die Kosten, versichert Frege. Auf der Gläubigerversammlung am 29. November will er vorschlagen, einen Insolvenzplan aufzustellen, um das Verfahren in zwei bis drei Jahren abzuschließen. Das wäre extrem schnell. Wenn das nicht gelinge, seien die Gerichte wohl noch fünf bis zehn Jahre mit der Insolvenz von Lehman in Deutschland beschäftigt.

Im Zentrum des deutschen Insolvenzrechts steht noch immer der Verwalter – so als wäre die Sanierung oder Liquidie-

rung von Unternehmen eine One-Man-Show. Das zuständige Amtsgericht bestellt ihn persönlich, er haftet mit seinem Privatvermögen, wenn er schuldhaft Pflichten verletzt. Doch hinter den Kulissen rackern bei Großinsolvenzen Dutzende Leute gemeinsam, in diesem Fall CMS Hasche Sigle. Mehr als 600 Rechtsanwälte, Steuerberater und Notare beschäftigt der Kanzleiverbund in Deutschland derzeit. Nach Angaben des Branchenmagazins Juve generierte CMS im vergangenen Geschäftsjahr rund 226 Millionen Euro. (Siehe Seite 14.)

## Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

### Vor der Offenbarung

Von Werner Mussler

Ein Gutes hat es, dass sich die Verhandlungen über die weitere Finanzierung der Griechenland-Hilfe so ewig hinziehen. Die Eurostaaten sind gezwungen, sich endlich mit den ökonomischen Realitäten auseinanderzusetzen, die sie so lange verdrängt haben. Es war ja so bequem, Fragen über den Fortgang des Kreditprogramms mit dem Argument vom Tisch zu wischen, jetzt müsse erst einmal der Troika-Bericht vorliegen. Und solange dafür keine Rechnung präsentiert wurde, ließ es sich auch gut beteuern, Griechenland müsse auf jeden Fall in der Währungsunion bleiben.

Jetzt kommen etliche Wahrheiten (wieder) auf den Tisch, die im Grunde nicht neu sind, sich aber bislang immer wieder in neuen faulen Kompromissen verstecken ließen. Die bisherigen Annahmen der Kreditgeber über die Entwicklung der griechischen Staatsfinanzen waren seit Beginn der Hilfsprogramme im Mai 2010 systematisch zu optimistisch. Das gilt selbst dann, wenn man den durch die Wahlkämpfe dieses Frühjahrs verursachten politischen Stillstand in Hellas herausrechnet. Die Schuld an der neuen Finanzierungslü-

cke im Programm lässt sich nicht einfach der aktuellen griechischen Regierung in die Schuhe schieben. Die Lücke war vielmehr schon im Programm angelegt. Speziell der Kompromiss über das zweite Hilfsprogramm, das endgültig im März beschlossen wurde, enthielt Projektionen über die Tragfähigkeit der griechischen Staatsschuld, die spätestens jetzt nicht mehr haltbar sind.

Es ist dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu danken, dass die Schuldentragfähigkeit jetzt in den Mittelpunkt rückt. Der Fonds dringt auf eine sehr baldige nachhaltige Schuldensenkung – und nicht erst in der langen Frist. Was das bedeutet, ist klar: Für den IWF führt letztlich kein Weg an einem abermaligen Schuldenschnitt vorbei, diesmal unter Einbeziehung der öffentlichen Gläubiger. Dass die Eurostaaten diesen scheuen, ist einerseits nur allzu verständlich. Er hätte schwerwiegende Folgen für die Haushalte der Kreditgeber, und er wöge die Griechen in einer falschen Sicherheit. Andererseits ist es zutiefst unehrlich, eine endgültige Entscheidung immer wieder auf die lange Bank zu schieben. Derzeit ist noch nicht einmal sicher, ob die Eurogruppe imstande ist, die Finanzierungslücke bis 2014 zu schließen. Und jede Bundesregierung wird nach der Bundestagswahl eingestehen müssen, dass mindestens ein Teil der Griechenland-Kredite abzuschreiben ist.

### Der Spatz in der Hand

Von Joachim Jahn

Wer Schwarzgeld in der Schweiz versteckt hält oder auch nur die Steuern auf die dort anfallenden Zinsen hinterzieht, sollte an diesem Freitag auf die Abstimmungen im Bundesrat blicken. Dort steht ein Abkommen mit der Alpenrepublik auf der Tagesordnung, das Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ausgehandelt hat. Altlasten sollen damit durch eine anonyme und pauschale Nachversteuerung ausgeräumt werden; für die Zukunft fällt eine Abgeltungsteuer in Höhe des auch in Deutschland geltenden Satzes an. Die Opposition hat zwar angekündigt, den Vertrag scheitern zu lassen – ganz sicher ist das aber nicht. Und sonst gibt es anschließend auch noch den Vermittlungsausschuss. Dort sind schon oft einzelne Länder umgefallen, weil sie sich mit finanziellen Zugeständnissen ködern ließen.

Dennoch werden wohl nur wenige Steuerkriminalen gespannt das Treiben in der Länderkammer verfolgen. Wer sich bislang vom Kauf der CDs mit Daten von Bankkonten nicht hat aufscheuchen lassen, die deutsche Fahnder systematisch aufkaufen, wird auch jetzt nicht in Panik geraten, falls der völkerrechtliche Kontrakt zwischen Berlin und Bern scheitert. Steuerberater und Fachanwälte sind immer wieder verblüfft, wie hartgesotten und abgegrüht ein Teil ihrer Klientel ist. Meist sind es keine Spielernaturen oder Steuerverweigerer, die den Kampf mit den Strafverfolgern aus Gier oder Trotz betreiben. Sondern es herrscht jenes rationale Kalkül, das Wirtschaftskriminalität auch sonst prägt: Chancen und Risiken eines Investments werden nüchtern gegeneinander abgewogen.

Bundeskanzler Schäuble tut SPD und Grünen unrecht, wenn er ihnen „billige Polemik“ und „pure Parteilpolitik“ vorwirft. Sicher: Die Sozialdemokraten haben den Kampf gegen Banken und Finanzmärkte als großes Symbolthema für den beginnenden Wahlkampf auserkoren. Doch vielen Bürgern ballt sich die Faust in der Tasche, wenn nun ausgerechnet jene mit einem gnädigen Schlussstrich belohnt werden sollen, die besonders hartnäckig und systematisch ihr Vermögen am Fiskus vorbeigeschleust haben. Dass laufende Strafverfahren damit hinfällig werden, verstößt zusätzlich gegen das Gerechtigkeitsgefühl. Und selbst Steuerstrafverteidiger räumen hinter vorgehaltener Hand ein, dass das Abkommen Lücken und Schlupflöcher belässt.

Doch muss man die Realität nehmen, wie sie ist. Weder mit der sprichwörtlichen „Kavallerie“ des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück noch mit brachialem Druck auf Auslandsbanken, wie die Vereinigten Staaten ihn ausüben, könnte Deutschland der Schweiz eine rückwirkende Preisgabe seines geheiligten Bankgeheimnisses aufzwingen. Dass wenigstens für die Zukunft ein halb-

wegs geregelter Steuereinzug zugestanden wird, ist da schon ein Fortschritt. Auch die verschiedenen Formen der Amtshilfe, die die Helvetier anbieten, sind nicht zu unterschätzen. Dieser „Spatz“ in der Hand würde schlagartig Milliarden Euro in die klammen Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden spülen – auch wenn Schäubles Prognosen zu optimistisch sein mögen.

Hinzu kommt: Jene Depotinhaber und Stiftungsgründer mit der größten kriminellen Energie haben ihr Vermögen längst weiterverworfen an asiatische und sonstige Offshore-Bankenplätze. Dass die Schweiz bei der Beob-

Stärker als das Abkommen mit der Schweiz ist die Steuermoral durch die „Euro-Rettung“ bedroht.

achtung solcher „Abschleicher“ helfen will, ist ebenso ein Gewinn wie ein Abkommen zum Informationsaustausch, das Schäuble jüngst mit Singapur auf den Weg gebracht hat. Zurück geblieben sind nur (vielfach betagte) Hinterzieher, die ihr Geld aus Angst vor den Russen oder der Ehefrau, vor missratenen Sprösslingen oder vor etwaigen Gläubigern über die Grenze geschafft haben. Fahnder sprechen von „BMW-Kunden“, womit nicht die Automarke gemeint ist, sondern „Bäcker, Metzger und Wirte“.

Nur wenige von ihnen haben vor fast zehn Jahren die Steueramnestie genutzt, die Hans Eichel ausgerechnet ein Sozialdemokrat durchgesetzt hatte. Die Zahl der Selbstanzeigen mehrte sich zwar jedes Mal, wenn wie kürzlich die Staatsanwaltschaften in Mannheim und Bochum zu öffentlichkeitswirksamen Razzien aus schwärmen – sei es wie einst bei Post-Chef Klaus Zumwinkel oder jetzt beim Modeunternehmer Albert Eickhoff. Allein Nordrhein-Westfalen hat durch den Ankauf gestohlener Bankdaten mehr als eine halbe Milliarde Euro erlöst: aus Nachversteuerung, Geldstrafen und Geldauflagen von Steuersündern, ferner aus Geldbußen gegen Kreditinstitute und freiwilligen Nachzahlungen nach Selbstanzeigen. Dieses Potential dürfte aber zunehmend erschöpft sein, zumal Ansprüche des Staates auf Geld und Bestrafung nach zehn Jahren verjähren.

Viel stärker als durch das Abkommen mit der Schweiz ist die Steuermoral durch die immerwährende „Euro-Rettung“ bedroht. Wenn die Bundesregierung Milliarden des Steuerzahlers einsetzt, um mit Griechenland einen Staat zu stützen, dessen Fiskus weder seine Reeder noch seine Zahnärzte zur Kasse bittet, sinkt die Bereitschaft, seinen Obolus an das eigene Gemeinwesen zu entrichten. Die Ländervertreter sollten also am Freitag zustimmen – wenn auch zähneknirschend.

## Eurogruppe hinterlässt viele Fragen zu Griechenland

Ohne schnelle Schuldensenkung droht das Programm zu scheitern / Druck auf EZB wächst

wmu./mas./pwe. BRÜSSEL/BERLIN/WASHINGTON, 21. November. Nach dem weitgehend ergebnislosen Treffen der Eurogruppe in Brüssel ist offen, wie sich das internationale Hilfsprogramm für Griechenland fortschreiben lässt. Nach Angaben von Teilnehmern offenbarten sich bei dem Treffen, das am Mittwochmorgen nach etwa zwölfstündigen Beratungen abgebrochen wurde, in beiden großen Streitfragen so große Differenzen, dass eine Einigung auf dem nächsten Treffen am Montag keineswegs gesichert sei. Nach Angaben von Diplomaten besteht das Hauptproblem darin, dass die diskutierten Teilösungen sich nur schwer zu einem Gesamtpaket schnüren lassen.

In der Frage, wie sich die Finanzierungslücke im Hilfsprogramm bis 2014 schließen lässt, hätten etliche Staaten bestimmte Optionen kategorisch ausgeschlossen. Eine Lösung müsse aber alle diskutierten Elemente – Schuldentrückkauf, Zinsabsenkung und die Stundung der Rückzahlung – umfassen. Anders sei den Kapitalmärkten nicht zu vermitteln, dass der auf Griechenland lastende Schuldendruck gesenkt werde. Als Ausweg aus der verfahrenen Lage brachte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach übereinstimmenden Berichten von Teilnehmern vor den Bundestagsfraktionen in Berlin die Europäische Zentralbank (EZB) als Option zur Schließung der Lücke ins Spiel. In Brüssel hieß es, der Internationale Währungsfonds (IWF) lehne diese Lösung ab; deshalb sei sie eher unwahrscheinlich.

In Berlin hieß es dagegen, die EZB habe sich bereiterklärt, mit 9 Milliarden Euro zur Schließung der Finanzierungslücke von insgesamt 14 Milliarden Euro beizutragen. Demnach wolle die Zentralbank die indirekte Finanzierung des griechischen Staates über sogenannte T-Bills bis 2014 weiterführen. Mit diesen kurzlaufenden Staatspapieren hat sich die Regierung in Athen dringend benötigtes Geld bei heimischen Banken beschafft, um einen Zahlungsausfall zu vermeiden. Die griechischen Banken haben diese Papiere an die EZB weitergereicht und sie damit refinanziert. Bisher wollte die Zentralbank diese Finanzierung zurückführen. In der EZB wurden die Berichte aus Berlin nicht bestätigt.

Auch im Streit mit dem IWF um die Wiederherstellung der griechischen Schuldentragfähigkeit war noch keine Lösung absehbar. Allerdings gewinnt nach Angaben von Teilnehmern das Argument an Zustimmung, dass die griechische Schuldenlast schnell verringert werden muss, um den Erfolg des Programms nicht zu gefährden. Wenn die Finanzmärkte nicht von

der Tragfähigkeit der Schuldenlast überzeugt würden, stehe die Rückkehr Griechenlands aus der Rezession zum Wachstum infrage und das Programm vor dem Scheitern, hieß es in Brüssel.

Der IWF und die Euro-Staaten streiten vor allem darüber, wie die Schuldenlast schnell binnen zwei oder drei Jahren gesenkt werden kann. Besonderes Gewicht erhält damit die Idee des Schuldentrückkaufs, der rasch wirken würde. In Berlin hieß es, viele Länder befürworteten ein Schuldentrückkaufprogramm als Teil eines Gesamtpakets. In Brüssel hieß es ergänzend, die Niederlande und Finnland lehnten den Schuldentrückkauf ab. Der noch in der vergangenen Woche geführte Streit

zunehmen ist, dass die Kurse der Anleihen steigen werden, wenn klar ist, dass die Euro-Staaten damit ernst machen wollen. Nach Berechnungen der Bundesregierung könnte der Krisenfond EFSF dem griechischen Staat 10 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, der dann Anleihen zum doppelten Wert zurückkaufen könnte.

Die Finanzierung des Schuldentrückkaufprogramms ist unter den Euro-Staaten umstritten. Die meisten Länder wollen dazu auf Gewinne zurückgreifen, die die EZB in der Eurokrise macht. Allerdings darf diese keine Gewinne an eine Regierung ausschütten; das wäre eine verbotene Staatsfinanzierung. Der Überschuss fließt an die jeweiligen nationalen Notenbanken. In Deutschland entscheidet die Bundesbank autonom über die Höhe ihres Gewinns, der dann nach festen Vorgaben zum Teil in den Investitions- und Tilgungsfonds sowie in den Bundeshaushalt fließt. Anders als die meisten Euro-Regierungen kann die Bundesregierung nicht die EZB-Mittel direkt nach Athen weiterleiten. Sie will daher ihren Teil über den Hilfsfonds EFSF leisten.

Die anderen Instrumente, mit denen sich die Finanzierungslücke schließen lassen könnte, sind ebenfalls umstritten. Der Streit um eine Absenkung der Zinslasten Griechenlands gründet in einem innereuropäischen Verteilungsproblem. Kein Land wolle Athen Zinsen zugestehen, die unter den eigenen Refinanzierungskosten lägen, berichteten Diplomaten. Das gilt vor allem für Länder wie Italien und Spanien. Die Euro-Staaten verlangen derzeit für ihre bilateralen Kredite an Athen einen Zinssatz von 1,7 Prozent. Kredite des EFSF sind mit 1,5 bis 2 Prozent verzinst. Eine Senkung der Zinslast müsste nach Einschätzung von Teilnehmern der Gespräche mit einer drastischen Verschiebung des Rückzahlungszeitraums einhergehen, um finanziell einen hinreichenden Beitrag zu leisten.

Weitgehend einig sind sich die Minister nach Berliner Angaben, die Zinsen für Kredite aus dem zweiten Hilfsprogramm, das aus EFSF-Mitteln kommt, bis Ende 2014 zu stunden. Bei den Krediten aus dem ersten Griechenland-Programm ringt man noch um eine Lösung. In Deutschland fließt das Geld über die staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau. Hier war überlegt worden, den Zinsaufschlag auf 25 Basispunkte oder 0,25 Prozent zu senken. Deutschland war nicht bereit, so weit herunterzugehen, weil dann die KfW Verluste machen würde und diese aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden müssten. Dies will die Bundesregierung auf jeden Fall vermeiden. Sie wäre wohl bereit, von heute 150 Basispunkte auf 60 Prozent zu gehen. Dann bliebe noch eine Lücke.



Jean-Claude Juncker

Foto Reuters

zwischen Währungsfonds und den Euro-Staaten, ob ein Schuldenstand von 120 Prozent bis 2020 oder erst bis 2022 erreicht werden solle, scheint dabei an Bedeutung zu verlieren.

Eine Schuldenerleichterung würde sich dadurch, dass die Papiere derzeit am Markt zu einem Kurs von 30 bis 35 Cent je Euro Nennwert gekauft werden können. Diskutiert wird ein Angebot an private Anleger aus dem Ausland und in Griechenland, die noch griechische Schuldtitel von einem Ausgabewert von etwa 60 Milliarden Euro halten. Doch ist unklar, wie viel ein Rückkauf letztlich an Schuldenerleichterung für Griechenland brächte. Denn an-

## Heute

### Nicht kriminalisieren

Unternehmer, die ihre Anmeldung für Lohn- oder Umsatzsteuer korrigieren, dürfen nicht wie Kriminelle behandelt werden, fordert Steuerberaterpräsident Vinken. Seite 12

### Finanz-Einigung in Sicht

Heute beginnt die wohl letzte Gesprächsrunde über den EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020. Nach langem Streit kommen aus vielen EU-Staaten nun positive Signale. Seite 13

### Auf zu neuen Taten

Deutschland dürfe sich nicht auf der guten Konjunktur ausruhen, mahnt die Stiftung Familienunternehmen. Sie fürchtet: Das Land ist nicht bereit für die „Agenda 2030“. Seite 13

## Unternehmen

### HP-Debakel erhitzt Gemüter

Der Autonomy-Gründer Michael Lynch weist im Streit mit Hewlett Packard alle Vorwürfe als „schlicht irrsinnig“ zurück. Seite 18

### Europa stärkt die Raumfahrt

Die europäischen Raumfahrtstaaten wollen 10 Milliarden Euro investieren – auch für die Modernisierung der Ariane 5-Rakete. Seite 17

### Anklage gegen Credit Suisse

Nach J.P. Morgan Chase muss sich auch die Schweizer Bank wegen Hypothekenanleihen verantworten, die zur Finanzkrise beitrugen. Seite 16

### Die Last der Verantwortung

Einst gehörte Julia Jäkel zum Gründungsteam der „Financial Times Deutschland“. Jetzt muss sie als Verlagsmanagerin die Einstellung der Zeitung verantworten. Seite 16

FIRMENINDEX	Seite	Bertelsmann	16	EADS	17	Meyer Burger	17	Siemens	16, 19
Aberdeen	19	Burda	16	GE Capital	17	News Corp.	16	Sky Deutschland	16
Astrium	17	BWK	16	Gruner + Jahr	16, 17	OHB	17	Standard & Poor's	17
Autonomy	18	CMS Hasche Sigle	14	Hewlett Packard	18	Oracle	18	UBS	20
BASF	16, 18	Credit Suisse	16, 20	HSH-Nordbank	17	Praktiker	17	Warsteiner	16
Bayer	18	Deutsche Bank	20	J.P. Morgan Chase	16	Renault	17	Wieland Dental	16
		Deutsche Post	17	Lehman Brothers	14	Sal. Oppenheim	18, 19, 20	Xing	16

## Streik legt Argentinien lahm

mos. BUENOS AIRES, 21. November. Argentinien erlebte am Dienstag den ersten landesweiten Streik seit zehn Jahren. Obwohl nur ein Drittel der großen Einzelgewerkschaften zu dem Streik aufgerufen hatte, kam die Hauptstadt Buenos Aires fast völlig zum Stillstand. Busse, Eisenbahnen und Flüge fielen weitgehend aus. Streikposten sperrten die wichtigsten Zufahrtsstraßen. Auch Banken, Ämter und öffentliche Schulen blieben geschlossen. Zu dem Streik aufgerufen hatten Fraktionen der Gewerkschaftsdachverbände CGT und CTA, die in Opposition zur Regierung von Staatspräsidentin Cristina Kirchner stehen. Die Proteste richteten sich vornehmlich gegen die zunehmende Steuerbelastung der Löhne und Gehälter. Freibeträge und Tarifstufen der Lohn- und Einkommensteuer sind schon länger nicht an die steigende Inflation angepasst worden.

## Jain schickt Leithner zu Bundestag-Befragung

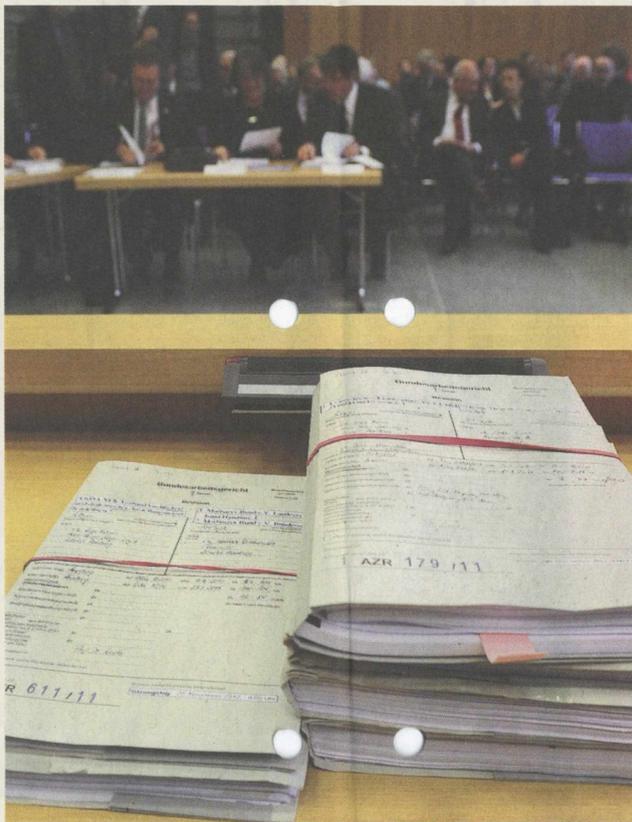
maf. FRANKFURT, 21. November. Der Ko-Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Anshu Jain, hat dem Deutschen Bundestag abgesagt. Wie aus Finanzkreisen am Mittwoch verlautete, wird statt seiner das Vorstandsmitglied Stephan Leithner an dem öffentlichen Fachgespräch über die Manipulationen des Interbankenzinses Libor teilnehmen. Es findet am 28. November statt. Die Einladung ist aber nicht bindend. Leithner, der neben Personal auch für Rechtsfragen zuständig ist, leitet innerhalb der Deutschen Bank die Untersuchungen zu der Libor-Affäre. Zwei Händler mussten deshalb die Deutsche Bank verlassen. An den Libor-Zins sind Finanzprodukte auf der ganzen Welt über rund 500 Billionen Euro gekoppelt. Zu dem Gespräch hat der Bundestag auch Hugo Bänziger, den früheren Risikovorstand der Deutschen Bank, eingeladen.

# Mächtige Gewerkschaften – außerhalb der Kirche

Das Streikrecht gibt Gewerkschaften Macht – solange sie es nutzen dürfen. Das hängt jedoch davon ab, wo sie ihre Forderungen durchsetzen wollen.

cbu. FRANKFURT, 21. November. Die Kirche mag einer der größten Arbeitgeber in Deutschland sein – ein normaler Arbeitgeber ist sie deshalb noch lange nicht. Dies hat nun auch das Bundesarbeitsgericht den Glaubensgemeinschaften in einem Grundsatzurteil attestiert (F.A.Z. vom 21. November). In einer Übergangszeit darf die Gewerkschaft Verdi zu Streik aufrufen, so lange, bis die Kirchen ihren „Dritten Weg“ einer paritätisch besetzten Kommission nachgebessert und den Gewerkschaften ein Mitspracherecht bei Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen gegeben haben. Sobald dies geschehen ist, können die Kirchen wieder zu ihrer bisherigen Praxis zurückkehren und Arbeitskämpfe ausschließen.

In ihrem Urteil beschrieben die Erfurter Bundesrichter die Konsequenzen von Arbeitskämpfen mit ungewöhnlich drastischen Worten: Ein Arbeitskampf zur Erzielung eines Tarifvertrages führe zur Auflösung der Dienstgemeinschaft, verkündete der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts in einer Pressemitteilung. „Er beeinträchtigt in schwerwiegender Weise das diakonische Wirken und beschädigt die Glaubwürdigkeit der Kirche“, fanden die Bundesrichter. Dabei bemisst sich die Beeinträchtigung ihrer Ansicht nach nicht nach objektiven Maßstäben, sondern daran, was die Kirchen als solche empfinden, oder wie es das Bundesarbeitsgericht beschreibt: nach dem Selbstverständnis der Religionsgemeinschaften. Dabei machen die Erfurter Richter keinen Unterschied zwischen „verkündungsnahen“ und „verkündungsfernen“ Berufen, wie es etwa das Landesarbeitsgericht Hamm in einer Vorentscheidung getan hatte. Damit wollte es dem Umstand Rechnung tragen, dass die Kirchen nicht nur Pfarrer beschäftigen, sondern in kirchlichen Einrichtungen auch Ärzte, Krankenschwestern, Sozialpädagogen, Reinigungspersonal oder Köche arbeiten.



Umfangreiche Abwägung: Die Akten zum Streikrecht vor dem Bundesgericht Foto: Welz

Kern der Auseinandersetzung ist die Abwägung zwischen zwei Grundrechten: das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen, garantiert in Artikel 4 des Grundgesetzes in Verbindung mit so traditionsreichen Regelungen wie der Weimarer Reichsverfassung auf der einen Seite und Artikel 9 des Grundgesetzes auf der anderen Seite, aus dem das Streikrecht der Gewerkschaften abgeleitet ist. Das ist – normalerweise – ein gewichtiges Pfund, mit dem die Arbeitnehmerorganisationen wuchern können. Schließlich stellte das Bundesarbeitsgericht einst selbst fest, dass Tarifverhandlungen ohne Streikrecht nichts anderes seien als „kollektives Betteln“.

Für wie wichtig das Bundesarbeitsgericht die Sonderrolle der Kirchen erachtet, wird besonders im Vergleich zur Stellung des Streikrechts bei privaten Unternehmen deutlich. In diesem Bereich genießt es eine herausragende Stellung, um den Gewerkschaften zu einer Kampfpriorität gegenüber den Arbeitgebern – und manche meinen: darüber hinaus – zu verhelfen. Auch dort kommt es zu einer Abwägung mit den Grundrechten, etwa dem Schutz des Eigentums in Artikel 14 des Grundgesetzes oder auch der allgemeinen Handlungsfreiheit in Artikel 2 des Grundgesetzes. Zu unangekündigten Blitzaktionen in einem Supermarkt stellte der Erste Senat zwar fest, dass es sich um einen Eingriff in den „eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb des Arbeitgebers“ handle, geschützt durch Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Allerdings sahen die Erfurter Bundesrichter diesen Eingriff aus Gründen des Arbeitskampfes als gerechtfertigt an. Noch deutlicher wird die besondere Stellung des Streikrechts in einer Entscheidung zu Sympathiestreiks: Dabei müssen Unternehmen Arbeitskämpfe selbst dann dulden, wenn sie gar nicht Ziel des Ausstands sind – und deshalb auch nicht durch Zugeständnisse einen Ausstand abwenden können. Erst wenn diese Unterstützung unverhältnismäßig ist, kann sie untersagt werden. So hat das Arbeitsgericht Frankfurt den Fluglotsen verboten, ihren Kollegen auf dem Vorfeld beizuspringen, weil dies die Dimensionen des Streiks zu stark verschoben hätte.

„Der Arbeitskampf beschädigt die Glaubwürdigkeit der Kirche.“

Bundesarbeitsgericht im Grundsatzurteil

Selbst in den Bereichen der Daseinsvorsorge – mit mitunter großen Auswirkungen auf die Bevölkerung – setzt üblicherweise nur die Verhältnismäßigkeit dem Streikrecht Grenzen. Arbeitskämpfe in Krankenhäusern, bei der Bahn, der Müllabfuhr sind von Artikel 9 des Grundgesetzes geschützt, solange eine Notversorgung sicherstellt, dass die Bevölkerung keinen Schaden nehmen kann.

## 120 000 Fachkräfte fehlen in den MINT-Berufen

enn. BERLIN, 21. November. Die deutschen Unternehmen suchen weiter Fachkräfte auf den Gebieten Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Die Lücke in den sogenannten MINT-Berufen beziffert die Wirtschaft derzeit auf rund 120 000 Personen. Trotz der gestiegenen Zahl von Studienanfängern bleibe die Lage angespannt. Die Zahl der MINT-Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung werde langfristig jährlich um rund 100 000 zu niedrig sein. Dies stellt der MINT-Herbstreport des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fest, der am Mittwoch in Berlin vorgestellt wurde. Auf dem Arbeitsmarkt gebe es aber große Unterschiede: In 17 von 24 MINT-Berufen seien mehr offene Stellen als Arbeitslose verzeichnet worden. Besonders groß seien die Engpässe in der Maschinen- und Fahrzeugtechnik. Keine Engpässe beständen hingegen bei Chemikern oder Biologen, sagte IW-Direktor Michael Hüther. Um die wachsende Lücke zu schließen, müsse die gewerblich-technische Ausbildung gestärkt werden.

## Kurze Meldungen

### Japans Exporte gehen zurück

In Japan sind die Exporte im Oktober kräftig gesunken. Die Regierung in Tokio meldete am Mittwoch einen Rückgang der Ausfuhren im Jahresvergleich um 6,5 Prozent. Bereits im September waren die Exporte um 10,3 Prozent zum Vorjahresmonat eingebrochen. Die Gründe liegen unter anderem in dem Streit zwischen Japan und China um Besitzansprüche einiger Inseln im Chinesischen Meer, der japanische Exporte in die boomenden Regionen Chinas belastet. dpa/AFX

### Amerikas Verbraucher warten

Die Stimmung der amerikanischen Konsumenten bleibt angespannt. Der Index für das Verbrauchervertrauen stieg im November minimal auf 82,7 Punkte, teilten Thomson Reuters und die Universität Michigan mit. Der Sammelindex der Frühindikatoren für die Konjunktur ist dagegen im Oktober etwas stärker als erwartet gestiegen. Er legte um 0,2 Prozent zu, wie das private Forschungsinstitut Conference Board am Mittwoch mitteilte. Reuters/dpa

### BGH stärkt Autofahrerrechte

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat entschieden, dass Autofahrer nach einem selbstverschuldeten Unfall an einem anderen Fahrzeug auch ihre Versicherung nachträglich informieren können, statt am Unfallort auf den Geschädigten zu warten. Erfolgt die Benachrichtigung „unverzüglich nachträglich“, geht der Kaskoschutz nicht verloren, heißt es in einem am Mittwoch verkündeten Urteil (Az: IV ZR 97/11). AFP

### Platz zur Gewerbesteuer

Der Bundesfinanzhof (BFH) hält die Gewerbesteuer für grundgesetzkonform. Das oberste Finanzgericht lehnte es ab, die Steuer dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen. Die Hinzuordnungsvorschriften des Gewerbesteuergesetzes, nach denen ein Teil der Kosten wie etwa für Zinsen, Mieten oder Leasingraten dem Gewinn zugeschlagen werden und zu versteuern sind, seien voraussichtlich nicht verfassungswidrig, meinte der BFH. Er widersprach damit einer Entscheidung des Finanzgerichts Hamburg. mas.

## „Steuerkorrekturen sind nicht kriminell“

Präsident der Steuerberaterkammer dringt auf Klarstellung bei der Selbstanzeige

mas. BERLIN, 21. November. Unternehmer, die Anmeldungen für die Lohnsteuer oder Umsatzsteuer korrigieren, dürfen nicht wie potentielle Kriminelle behandelt werden. Das forderte der Präsident der Bundessteuerberaterkammer, Horst Vinken, im Gespräch mit dieser Zeitung. Er lobte, dass die Finanzverwaltung intern anerkannt hat, dass solche Korrekturen zum Tagesgeschäft im Wirtschaftsleben gehören. In einer Verwaltungsanweisung wurden die Finanzämter angewiesen, solche Fälle nicht mehr automatisch an die Bußgeld- und Strafsachenstelle weiterzureichen (F.A.Z. vom 21. November). „Doch das reicht uns nicht, wir brauchen eine gesetzliche Klarstellung“, hob Vinken hervor. Steuerpflichtige und ihre Berater könnten sich sonst nicht darauf berufen. Außerdem sei es problematisch, wenn eine Verwaltungsanweisung im Widerspruch zum Gesetzeswortlaut stehe.

Vergangenes Jahr ist die Selbstanzeige in der Abgabenordnung verschärft worden. Anders als früher muss der Steuerpflichtige nun komplett reinen Tisch machen, um in den Genuss der Straffreiheit kommen zu können. Die sogenannte Teilselbstanzeige ist seither verboten. „Man hat nur noch einen Schuss frei“, sagte Vinken. Das Problem sei, dass der Gesetzgeber die Kapitaleinkünfte treffen wollte und unbeabsichtigt ganz normale Korrekturen erwischte habe, meinte Vinken. Die Finanzverwaltung habe die gesetzliche Verschärfung

dieser Form nicht gewollt, weil dies nicht angemessen sei und die Strafsachen- und Bußgeldstellen damit überfordert würden.

Wie der erfahrene Steuerberater betonte, sind nachträgliche Änderungen der Lohnsteuervoranmeldung und Umsatzsteuervoranmeldung üblich. „Das passiert laufend.“ Sonderzahlungen, Überstunden, eine Gehaltserhöhung, die vergessen wurde – diese Fälle gehörten zum Alltagsgeschäft. Manches könne man vorher nicht wissen, anderes gehe auf fehlerhafte Buchungen zurück, die nicht auszuschließen seien. Dies erlaube jedoch keine Kriminalisierung. Ähnlich sehe es bei der Umsatzsteuer aus. Beispielsweise laufe auf dem Bau nicht alles immer wie geplant. „Denken Sie nur an den neuen Berliner Flughafen. Hier dürfte die Umsatzsteuervoranmeldung laufend angepasst werden müssen.“ Die Steuervoranmeldungen seien wie Abschlagszahlungen, am Ende gebe es ohnehin die exakte Abrechnung. Deswegen gebe es sachlich keinen Grund, gängige Korrekturen wie eine Teilselbstanzeige zu behandeln.

Bei der Erbschaftsteuer rechnet der Präsident der Bundessteuerberaterkammer

mer nach eigenem Bekunden nicht damit, dass das Bundesverfassungsgericht sie für nichtig erklären wird. Er warte nicht, dass die Steuer rückwirkend erstattet werden müsse. Denkbar seien allenfalls Aussagen für die Zukunft. Grundsätzlich halte er selbst eine Begünstigung des Betriebsvermögens für gerechtfertigt. Inwieweit die Regelungen im Einzelfall als angemessen eingestuft würden, müsse man abwarten. Der Bundesfinanzhof sieht in der weitgehenden Befreiung des Betriebsvermögens von der Erbschaftsteuer einen Verstoß gegen das Gleichheitsgebot.

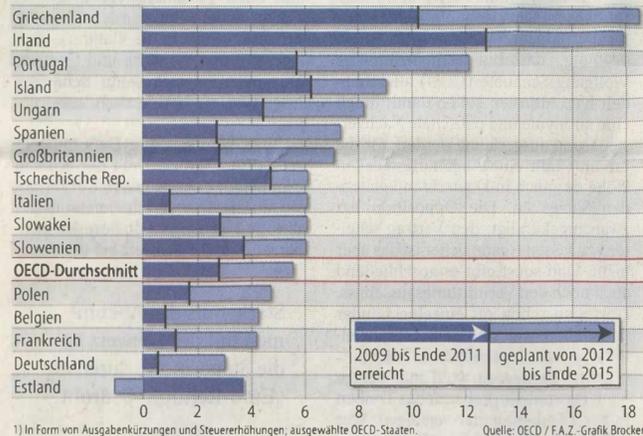
Mittlerweile gibt es ein Modell namens „Cash GmbH“, um bei privaten Erbschaften und Schenkungen die Steuer zu vermeiden. „Wir sagen: Die Cash GmbH ist ein Missbrauch“, berichtete Vinken. „Diesen Missbrauch müsste man eigentlich abschaffen.“ Unabhängig von der derzeitigen erb- und schenkungssteuerlichen Begünstigung sollte man sich jedoch fragen, ob man einem Mandanten dazu raten könne. Denn die Einbringung in eine GmbH habe ihre Tücken. Dazu gehörten die Buchführungspflicht und die Schwierigkeit, jederzeit wieder an das Geld zu kommen. Derzeit wird über eine gesetzliche Einschränkung dieses Steuersparmodells diskutiert. Vinken bezeichnete einen solchen Schritt als vertretbar. Man müsse aber aufpassen, dass man dabei nicht normale Unternehmen treffe.



Horst Vinken

## Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts<sup>1)</sup>



1) In Form von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen, ausgewählte OECD-Staaten. Quelle: OECD / F.A.Z.-Grafik Brocker

Die Mitgliedsländer der OECD machen Fortschritte bei der Konsolidierung ihrer Haushalte, doch sie erreichen die selbstgesetzten Ziele durchschnittlich später als geplant – vor allem wegen des geringen Wachstums. Zu diesem Ergebnis kommt die Organisation in ihrer jüngsten Studie über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Zwischen 2009 und 2011 sank die durchschnittliche Neuverschuldung der OECD-Länder um 1,8 Prozentpunkte auf 6,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die meisten Länder würden Sparmaßnahmen mit wachstumsfördernden

Strukturreformen kombinieren, was vor allem zu mehr Flexibilität auf den Produkt- und Arbeitsmärkten führe, meint die Organisation. „Sparmaßnahmen alleine reichen nicht aus“, teilte OECD-Generalsekretär Angel Gurría in Paris mit. Zwei Drittel der Haushaltskonsolidierung erfolgen über staatliche Ausgabenkürzungen, der Rest über die Erhöhung von Steuern und Abgaben. Die OECD erwartet, dass sich der Kampf gegen die Staatsschulden fortsetzt. Bis 2013 soll die durchschnittliche Neuverschuldung von 6,3 Prozent im vergangenen Jahr auf 4,2 Prozent sinken. chs.

# Frankfurter Allgemeine Forum

INSELN DER AUFMERKSAMKEIT

## PERSPEKTIVEN MITTELSTAND

Die Diskussionsreihe der F.A.Z.

# #1 Finanzierung vor dem Hintergrund der Eurokrise

11. Dezember 2012

Historische Villa Metzler, Frankfurt am Main

### Darüber sprechen:

- » Prof. Dr. h.c. Ludwig Georg Braun Aufsichtsratsvorsitzender, B. Braun Melsungen AG
- » Prof. Dr. Stephan Paul Inhaber des Lehrstuhls für Finanzierung und Kreditwirtschaft, Ruhr-Universität Bochum
- » Dr. Guido Sandler CEO, e-crowd Finance AG

### Moderator:

- » Carsten Knop Verantwortlicher Redakteur für die Unternehmensberichterstattung, F.A.Z.

www.faz-forum.com/mittelstand

